Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 151 (1985)

Heft: 1

Anhang: Die Friedensbewegung der 80er Jahre und die Sicherheitspolitik der Schweiz

Autor: Küchler, Simon

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Friedensbewegung der 80er Jahre

und die Sicherheitspolitik der Schweiz

Beillage zur
«Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift»
ASMZ Nr. 1 / 1985

Die Friedensbewegung der 80er Jahre und die Sicherheitspolitik der Schweiz

Im Rahmen der «Kommission Wehrpolitik» der Schweizerischen Offiziersgesellschaft wurde diese Studie von einer Arbeitsgruppe «Friedensbewegung» unter der Leitung von Oberst i Gst Simon Küchler, Steinen SZ, verfasst.

Beilage zur «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» ASMZ Nr. 1/1985
Druck und Verlag: Huber & Co. AG, Presseverlag, 8500 Frauenfeld

11. Schlussbemerkungen

11.1 Wer eine alternative sicherheitspolitische Diskussion führen will, muss zuerst Klarheit schaffen, was er mit dem Staat und «seiner» Sicherheitspolitik erreichen will. Wer vom Frieden spricht, soll Inhalt und Ziele dieses Begriffes klar definieren, wie dies im Bericht über unsere Sicherheitspolitik der Fall ist.

11.2 Wer einen «Frieden in Freiheit» bejaht und unser Land mit seinen Institutionen für verteidigungswürdig hält, für den gibt es kaum glaubwürdigere Alternativen zur praktizierten Sicherheitspolitik bzw. zur vorliegenden Konzeption.

11.3 Die Entwicklung der weltpolitischen Lage und die besondere Entwicklung der eurostrategischen Lage bestätigen die Richtigkeit der bewaffneten Neutralität, der Solidarität mit allen Staaten und der aktiven Aussenpolitik der guten Dienste.

11.4 Sicherheitspolitik ist kein Experimentierfeld für irrationale Emotionen. Es ehrt die Schweiz, dass in neuester Zeit Johan Galtung, einer der Chefideologen des neueren Pazifismus, die Sicherheitspolitik der Schweiz als beispielhaft bezeichnet.

11.5 Unsere Sicherheitspolitik ist dynamisch und anpassungsfähig an neuere Entwicklungen, sofern diese echte Fortschritte in der Friedenssicherung bringen. Sie kann jedoch keine einseitigen Vorausleistungen erbringen, wenn diese die Zielsetzung gefährden sollten:

«Wahrung des Friedens, eines Friedens in Freiheit»

Die «alternative» Sicherheitspolitik der Schweiz

Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung war als Vater der «Sozialen Verteidigung» bis zum Frühjahr 1984 einer der wichtigsten Gewährsleute für Pazifisten und Friedensbewegte. In seinem neuen Buch «Es gibt Alternativen», Westdeutscher Verlag, 1984, entwirft Galtung Kriterien «alternativer» Sicherheitspolitik. Gradmesser der Sicherheit eines Staates sind folgende vier Dimensionen:

- Das Ausmass, in welchem das Land eine glaubwürdige *nicht-provokative Verteidigung* hat und keine offensive militärische Kapazität, bzw. in welchem Grad es in einem Umrüstungsprozess in diese Richtung begriffen ist.
- *Bündnisfreiheit,* das heisst der Grad der Loslösung von den Supermächten (wobei neben der formellen Paktmitgliedschaft auch Zwischenkriterien angewendet werden).
- Das Ausmass, in welchem das Land *innere Stärke* besitzt, indem es genügend selbständig ist auf lebenswichtigen Bereichen (hier werden u. a. wirtschaftliche, ökologische, politische, soziale und kulturelle Selbständigkeit geprüft).
- Das Ausmass, in welchem das Land *für andere nützlich* ist, falls es in Frieden gelassen wird, so dass kriegführende Länder es vorziehen, es unversehrt zu lassen. In der Betonung, dass Länder einander nützlich sind, sieht Galtung einen neuen Ausgangspunkt für friedliche Koexistenz.

Galtung kommt in seiner Untersuchung zum Schluss, dass die Schweiz optimal diesen Kriterien gerecht wird. Für ihn ist die Schweiz das sicherste Land Europas mit einer echten «alternativen» Sicherheitspolitik zur Strategie der atomaren Abschreckung.

12. Literaturhinweis (auszugsweise)

12.1 Schriften der Bewegung und sympathisierende Publikationen

Weltfriedensrat	Aktionsprogramm 1981 Aktionsprogramm 1982 Aktionsprogramm 1983 Aktionsprogramm 1984	Informationszentrum des Weltfriedensrates, 001800 Helsinki, 18 Lönnrotinkatu 25 A krs, Finnland
Schweizerischer Friedensrat	Rückblick für die Zukunft (1981) Soziale Verteidigung (1976) Wieviel Sicherheit bietet unsere Armee – Thesen zur Wagnispolitik (1980) Warum ein atomwaffenfreies Europa (1981) «Friedenszeitung»	Sekretariat des SFR, Postfach 6386, 8023 Zürich (erscheint monatlich)
W. W. Sagladin	Die kommunistische Weltbewegung, Abriss der Strategie und Taktik (1973)	Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main
Johan Galtung	Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit – Mit einem Vorwort von Robert Jungk (1984)	Westdeutscher Verlag

12.2 Schriften und Bücher über die Friedensbewegung und deren Hintergründe

Bärwald Helmut	Missbrauchte Friedenssehnsucht (1983)	OSANG Verlag, Köln
IPZ-Information	Sowjetische Friedenskampagne in Europa I–III	Institut für Politologische Zeitfragen, Postfach, 8023 Zürich
László Révész	Frieden durch Gewalt	Sonderdruck des Schweiz. Ostinstituts, Bern, 1978
John Barron	KGB heute	Scherz Verlag, Bern, 1984

12.3 Publikationen zur Schweiz. Sicherheitspolitik

Schweiz. Bundesrat	Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik in der Schweiz Zwischenbericht zur Sicherheitspolitik	Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern
Reihe «Gesamtverteidigung und Armee»	Sicherheitspolitik und Armee	Verlag Huber & Co. AG, Frauenfeld
Hans Senn, Kkdt z D	Friede in Unabhängigkeit	Schriftenreihe ASMZ, 1983, Huber & Co. AG, Presseverlag, Frauenfeld
Zentralstelle für Gesamtverteidigung	Einführung in die Gesamtverteidigung, Ausgabe 1984	Zentralstelle für Gesamtverteidigung, 3003 Bern
ASMZ	Friedensbewegung als Ziel der schweizerischen Sicherheitspolitik	Beiheft zu ASMZ Nr. 10, Oktober 1982
SAMS, Schweiz. Arbeitskreis Militär- und Sozialwissenschaften	Sicherheitspolitik und Friedensbewegung	SAMS-Informationen 7. Jhrg. Nr. 1, 1983
P. Weiss	Ehemalige NATO-Offiziere vor dem Propagandakarren Moskaus	ASMZ Nr. 4, April 1983

1.	Pazifismus – damals und heute	3
2.	Die ideologische Umdeutung des Friedensbegriffes	3
3.	Der Weltfriedensrat als Träger sowjetischer Friedensideologie	4
	Sowjetische Einflussnahme über Frontorganisationen	4
4.	Die Friedenswelle 1980–1983 in Westeuropa am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland	5
5.	Das Übergreifen der neuen Welle auf die Schweiz	6
	Die verantwortlichen Organisatoren der Berner Friedensdemonstrationen	6
6.	Postulate der Grossdemonstrationen in Bern	7
7.	Merkmale dieser Postulate	8
8.	Kritische Beurteilung einiger Postulate der Friedensbewegungen im Vergleich zur Sicherheitspolitik in der Schweiz	8
9.	Polarisierung in der Friedensbewegung	11
	Die «Schweizerische Friedensbewegung» (SFB) Arbeitsweise der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)	11
10.	Verunsicherung bei der sog. unabhängigen Friedensbewegung	12
	Der «Schweizerische Friedensrat» (SFR)	12
11.	Schlussbemerkungen	13
	Die «alternative» Sicherheitspolitik der Schweiz	13
12.	Literaturhinweis	14

1. Pazifismus – damals und heute

Wenn die Entwicklung des Pazifismus stichwortartig skizziert wird, soll dies zum besseren Verständnis der heutigen Lage beitragen, ohne den Anspruch zu erheben, vollständig und umfassend zu sein. Friedensgedanken verkündeten praktisch alle Religionsstifter sowie viele Philosophen (Kant, Rousseau). Einen Aufschwung nahm diese Geisteshaltung in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden in Amerika die ersten Peace Societies; 1843 fand in London der erste internationale Friedenskongress statt; 1891 gründete Bertha von Suttner die Österreichische Friedensgesellschaft; 1882 rief Alfred Fried die Deutsche Friedensgesellschaft ins Leben. Diese Vereinigungen wollten internationale Konflikte durch Verständigung und Schiedsgerichtsbarkeit lösen. Sie forderten einen grundsätzlichen Verzicht auf Gewaltanwendung, ja bereits Vorbereitungen zum Krieg wurden verurteilt. Zentrum dieser Ideen war seit 1891 das Internationale Friedensbüro in Bern, später in Genf, das 1910 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Positivstes Ergebnis dieser Friedensbemühungen waren die beiden Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 mit den Haager Abkommen und der Gründung des Internationalen Gerichtshofs von Den Haag, Abkommen und Schritte zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Starke Impulse erhielten die Friedensbewegungen nach den beiden Weltkriegen, so etwa nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Slogan «Nie wieder Krieg». In der Retrospektive muss man feststellen, dass Frankreich und England unter dem Druck dieser Strömungen die Rüstungsanstrengungen des Nazi-Deutschland nicht richtig einschätzten und damit zur Destabilisierung im europäischen Raum beitrugen, bzw. Hitler den Beginn des Krieges erleichterten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1945 die Deutsche Friedensgesellschaft neu gegründet. Auf evangelischer Seite entstand der Internationale Versöhnungsbund, auf katholischer Seite die Pax-Christi-Bewegung.

2. Die ideologische Umdeutung des Friedensbegriffes

Während die Friedensbewegungen des 19. Jahrhunderts unter «Frieden» einen Zustand der ungestörten Ordnung und Weiterentwicklung der Individuen, Gruppen, Völkerschaften und Staaten verstanden, erlebte der Friedensbegriff durch die marxistisch-leninistische Ideologie eine völlige Umdeutung und eine primär machtpolitische Dimension:

– «Frieden» ist identisch mit einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung;
– «Echter Frieden» ist nur durch den Sieg der Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu verwirklichen;
– «Friedenskampf ist die moderne Form des Klassenkampfes zur Verwirklichung des Sozialismus» (Bulgarischer Parteichef Schiwkow).

Daraus wird gefordert, dass es gerechte und ungerechte Kriege gibt. Gerecht sind all jene, die zur Verteidigung des marxistischen «Friedens» dienen. Ungerecht sind jene Kriege, die sich gegen die marxistischen Friedensziele richten.

In den 50er Jahren und den folgenden gelang es den marxistischen Kräften, in den pazifistischen Organisationen Einsitz zu nehmen und sie in ihrem Sinn zu beeinflussen. So fusionierte – um nur ein Beispiel aufzuzeigen – 1974 die «Deutsche Friedensgesellschaft», von der bereits die Rede war, mit den «Vereinigten Kriegsdienstgegnern». Einer der beiden Bundesvorsitzenden wurde Klaus Mannhardt, Mitglied des Weltfriedensrates, und ein Drittel des 17köpfigen Bundesvorstandes gehörte 1982 der DKP oder DKP-beeinflussten Organisationen an. Die «kommunistische Bündnisstrategie» versteht es, selbst in bürgerliche Kreise zu infiltrieren, wenn es um die Diskussion oder die Bekämpfung eines umstrittenen Projektes geht, getreu der Weisung Lenins: «Wir wären schlechte Revolutionäre, wenn wir nicht imstande wären, jede Volksbewegung gegen einzelne Nöte des Imperialismus im Interesse der Verschärfung und Erweiterung der Krise auszunutzen».

3. Der Weltfriedensrat als Träger sowjetischer Friedensideologie

1948 veranstalteten die Sowjets in Polen den «Welt-Intellektuellenkongress für den Frieden». Daraus erwuchs der «Erste Weltfriedenskongress», der 1949 in Paris das «Weltkomitee der Friedensstreiter» ins Leben rief. Diese Organisation gab sich 1950 den Namen «Weltfriedensrat». Noch war es der UdSSR nicht gelungen, die Atombombe zu bauen. Das erste Ziel des Weltfriedensrates (WFR) war deshalb die Anti-Atompropaganda. 1951 wurde der WFR wegen Subversion aus Frankreich ausgewiesen. Über Prag gelangte der WFR 1954 nach Wien, musste jedoch 1957 wiederum wegen subversiver Umtriebe Österreich verlassen. 1968 schlug er sein Hauptquartier in Helsinki auf. Generalsekretär ist der indische Kommunist Romesh Chandra. 1979 beschlossen er und das Präsidium des WFR einmütig, Leonid Breschnew, dem Zentralsekretär der KPdSU, die höchste Friedensmedaille in Gold zu überreichen, was das besondere Verhältnis des WFR zu Moskau illustriert. In den über 30 Jahren seines Bestehens ist der WFR nie von der jeweils geltenden Linie Moskaus abgewichen. Die Aufstände in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 waren für den WFR keine Themen. Er billigte auch den Einmarsch in Afghanistan. Der Weltfriedensrat führt in der Regel jährlich einen Kongress durch, an welchem ein Aktionsprogramm verabschiedet wird. Zur Illustration der Geisteshaltung des WFR möge der Kongress des Jahres 1983 dienen, der vom 21. bis 26. Juni in Prag stattfand. Er war als «offener, allen Gruppen und Einzelpersonen, ungeachtet ihrer ideologischen, politischen oder religiösen Überzeugungen, zugänglicher Dialog» deklariert worden. Die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung «Charta 77» hatte um Teilnahme gebeten. Sie wurde jedoch ausgesperrt mit der Begründung, dass diese Gruppe gegen Regierungen arbeite, die sich bereits konstruktiv für Frieden und Abrüstung einsetzten. SPD-Abgeordnete und Grüne aus der BRD, die sich mit Vertretern der «Charta 77» treffen wollten, wurden von der Geheimpolizei daran gehindert. Film- und Tonmaterial westlicher Reporter wurde beschlagnahmt.

Die verabschiedeten Aktionsprogramme sind stets einseitig und ausschliesslich gegen Länder des Westens und der Dritten Welt gerichtet. Im Einflussbereich Moskaus ist nach Auffassung des WFR nichts verbesserungsfähig.

Mit Vehemenz wurde so der WFR aktiv in der Propaganda gegenüber den Rüstungsanstrengungen der westlichen Staaten, die lautstark verurteilt

Sowjetische Einflussnahme über Frontorganisationen

Führungsanspruch und Führungsrolle der KPdSU in den internationalen «gesellschaftlichen Organisationen» werden über nationale «gesellschaftliche Organisationen» durchgesetzt:

Nachstehend einige der wichtigsten Frontorganisationen mit der sowjetischen Mitgliedsorganisation.

Frontorganisation	Sitz	Sowjetische Mitgliedsorganisation
Weltfriedensrat (WFR)	Helsinki	Sowjetisches Friedenskomitee*
Christliche Friedenskonferenz (CFK)	Prag	Auslandsabteilung des Moskauer Patriarchats der Russisch-orthodoxen Kirche
Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ)	Budapest	Komitee der Jugendorganisationen
Internationaler Studentenbund (ISB)	Prag	Sowjetischer Studentenrat
Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ)	Brüssel	Vereinigung Sowjetischer Juristen
Internationale Journalistenorganisation	Prag	Sowjetische Journalistenunion

1979 haben diese Frontorganisationen 63 Millionen Dollar Unterstützung erhalten (Bericht des Repräsentantenhauses der USA 1980).

* Vorsitzender ist Georgij Aleksandrowich Schukow, Chefkommentator der «Prawda»

werden. Besonders massiv wurden gemeinsam mit den kommunistischen Parteien des Westens folgende Kampagnen lanciert und durchgeführt:

1950/51 gegen die Schaffung der Bundeswehr in der BRD, Anti-Adenauer-Kampagnen;

1959/60 gegen die taktische Atombewaffnung der europäischen Natokräfte, Anti-NATO-Protestbewegung, Ostermärsche;

1970/73 Anti-Vietnam-Kampagne gegen das amerikanische Engagement in Vietnam; Goodwill-Kampagne für Brandts Ostverträge;

1980/84 Mitträger der Friedenskampagnen gegen den NATO-Doppel-Beschluss, Mitorganisation der grossen Friedensdemonstrationen in Bonn und in Bern 1981 und 1983, in der Schweiz durch die Ableger des WFR: die «Schweizerische Friedensbewegung».

4. Die Friedenswelle 1980–1983 in Westeuropa am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

1977 kündigte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer berühmt gewordenen Rede eine neue Forderung an: Die neuen russischen eurostrategischen SS-20-Raketen seien in die Rüstungsbegrenzungsverhandlungen miteinzubeziehen. Da dies von Moskau strikte abgelehnt wurde, verabschiedeten am 12. Dezember 1979 die NATO-Partnerländer fogenden Doppelbeschluss:

– In einer ersten Phase sei mit der UdSSR über die Reduzierung der eurostrategischen Waffen zu verhandeln, und zwar bis Ende 1983.

– Sollten die Verhandlungen bis zum Herbst 1983 ohne Ergebnisse bleiben, würden die NATO-Partner 464 Cruise Missiles (Marschflugkörper) und 108 Pershing-Raketen stationieren.

Moskau reagierte und versuchte auf dem politischen Parkett, diesen Doppelbeschluss zu Fall zu bringen: Mit einer einmaligen Friedenskampagne und einem Basisaufstand der Massen sollte die politische Realisierung einer Nachrüstung in Europa verunmöglicht werden. Die Stationen dieser Bewegung seien stichwortartig erwähnt:

– **23. bis 27. September 1980:** Weltparlament der Völker für Frieden und Fortschritt in Sofia, veranstaltet vom Weltfriedensrat. Die 2260 Abgeordneten verabschiedeten das Aktionsprogramm 1981 mit folgender Zielsetzung:

«Dieses Programm ist bestrebt, 1981 zum Jahr der entscheidenden Offensive der Friedenskräfte und die 80er Jahre zum Jahrzehnt der neuen Siege für Frieden, Abrüstung und Entspannung, für nationale Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt zu machen».

– **15. und 16. November 1980:** Das 1. Krefelder Forum (veranstaltet von der Deutschen Friedens-Union, DFU) verabschiedet den Krefelder Appell. Bereits am 4. Dezember 1979 hatten sich Vertreter des Direktoriums der DFU mit dem Direktorium der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) getroffen und gemeinsam die Bundesregierung aufgefordert, den Nachrüstungsplan abzulehnen. Die DFU und das «Sowjetische Friedenskomitee» hatten sich zugleich gegen die «Lüge von der Gefahr aus dem Osten» gewandt.

Die DFU verstand sich nur als Initiator des Krefelder Forums. Getreu den taktischen Bündnisgrundsätzen sollten sich möglichst breite Volkskreise gegen die Nachrüstung aussprechen mit Unterschriften und Volksbefragungen. Millionen unterschrieben in der Folge den Appell mit den zwei entscheidenden Untertiteln:

«Atomtod bedroht uns alle –
Keine Nachrüstung auf deutschem Boden»

– **4. April 1981:** Erste Anti-NATO-Demonstration in Bonn anlässlich der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO. Aufgerufen dazu hatte das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ). Dieses Komitee war bereits 1974 als organisatorische Konsequenz des Moskauer «Weltfriedenskongresses» gegründet worden und koordinierte in den Folgejahren zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen. Sitz des KFAZ ist die Adresse des Pahl-Rugenstein-Verlags in Köln, der Mitglied der DKP-Nebenorganisation «Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler» ist.

– **10. Oktober 1981:** Grossdemonstration mit über 300 000 Teilnehmern in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss, bei der die zahlenmässig kleine DKP der BRD im organisatorischen Bereich massgebend die Fäden in der Hand hielt. Von den 15 deutschen Rednern der Auftaktveranstaltungen kamen mindestens sechs aus dem linksextremen

Bereich. Obwohl die Mehrzahl der Demonstranten aus echter Besorgnis sowohl gegen die Ost- als auch gegen die Westrüstung auf die Strasse gingen, war die Reaktion bezeichnend: Breschnew verkündete anderntags im Kreml, gestern hätten in Bonn 300 000 gegen die amerikanische Aggressionspolitik und den amerikanischen Imperialismus demonstriert.

– **Der «Heisse Herbst 1983»** mit zahlreichen Demonstrationen in Westdeutschland sollte die Ratifizierung des Stationierungsbeschlusses im Bundestag und den Beginn der Stationierung in der BRD verunmöglichen.

5. Das Übergreifen der neuen Welle auf die Schweiz

Mit der üblichen «helvetischen Verspätung» griff die neue Friedenswelle auch auf die Schweiz über. Auf Anhieb gelang es ihr, am **5. Dezember 1981** um die 20 000 Demonstranten nach Bern zu bringen. Die Öffentlichkeit war überrascht und suchte nach den Organisatoren. Getreu dem Beispiel in der BRD hatten sich die verschiedenen pazifistischen Gruppierungen zu einem Komitee für Frieden und Abrüstung (KFA) zusammengeschlossen. Massgeblich beteiligt waren dabei die Schweizerische Friedensbewegung (SFB, Ableger des moskautreuen Weltfriedensrates), der Schweizerische Friedensrat (SFR), der Christliche Friedensdienst (CFD), die Evangelische Uni-Gemeinde (EUG), die reformierte Heimstätte Gwatt, die Ofra (Organisation für die Sache der Frau), die PdA, die POCH, die SAP, die SPS und verschiedene 3.-Welt-Organisationen.

Am **5. November 1983** folgte die zweite Berner Demonstration, wiederum organisiert vom KFA 1983 (siehe Kästchen). Die Zahl der Teinehmer wurde auf 20 000 bis 30 000 geschätzt.

Die verantwortlichen Organisatoren der Berner Friedensdemonstrationen:

KFA 1981
SFB, SFR, CFD, EUG, Gwatt, Ofra,
PdA, POCH, SAP, SPS, 3.-Welt-Org.

Friedensdemo 5.12.1981

KFA 1983
SFB, SFR, CFD, DJS, FfdF, Ofra,
PdA, POCH, SAP, SES, ZAK

Friedensdemo 5.11.1983

Quelle: «Zeitbild» Nr. 22 vom 2.11.83

Abkürzungen

CFD	Christlicher Friedensdienst
DJS	Demokratische Juristen der Schweiz
EUG	Evangelische Uni-Gemeinde
FfdF	Frauen für den Frieden
FFF	Frauen für Frieden und Fortschritt
Gwatt	Tagungs- und Studienzentrum in der evangelischen Heimstätte
KFA	Komitee für Frieden und Abrüstung (CH) (in der BRD: KFAZ Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit)
Ofra	Organisation für die Sache der Frau
PdA	Partei der Arbeit
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
SAP	Sozialistische Arbeiter-Partei
SES	Schweizerische Evangelische Synode
SFB	Schweizerische Friedensbewegung
SFR	Schweizerischer Friedensrat
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
ZAK	Zentral-Amerika-Komitee

6. Postulate der Grossdemonstrationen in Bern

Das vorbereitende Komitee für Frieden und Abrüstung (KFA) zeichnete für die Parolen verantwortlich, die als Aufruf an den Bundesrat, das Parlament und das Schweizervolk verstanden werden wollten:

5. Dezember 1981

1. Sofortige Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich! Gegen den Bau der Neutronenbombe und die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa!

Weltweite Abrüstungsgespräche sollen nur zwischen den beiden Supermächten so bald als möglich beginnen. Alle Völker, Bewegungen und Regierungen werden aufgefordert, zur Durchsetzung dieser Forderung bei den Gesprächen, welche am 30. November in Genf begonnen haben, Druck auszuüben.

2. Wir fordern ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal; im Bewusstsein, dass damit nur ein erster Schritt gemacht ist, um den Frieden zu sichern; im Bewusstsein, dass ein andauernder Kriegszustand herrscht, solange nicht alle Völker der Welt in voller Selbständigkeit über ihr Schicksal bestimmen können.

3. Wir rufen die schweizerische Bevölkerung auf, von Bundesrat und Parlament eine aktive Friedenspolitik im Sinn folgender Forderungen zu verlangen:

3.1. Im Sinn einer NATO-unabhängigen aktiven Neutralitätspolitik müssen alle Mittel benutzt werden, damit die Abrüstungsgespräche zu einem konkreten Ergebnis gelangen. Wir verurteilen die Unterstützung der NATO-Politik durch schweizerische Regierungsvertreter.

3.2. Ausbau des sozialen Sektors auf Kosten der Militärausgaben.

3.3. Kein obligatorischer Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung.

3.4. Kein Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates, wie er mit der Revision des Strafgesetzbuches geplant ist.

3.5. Schluss mit dem legalen und illegalen Export von Waffen und von Militär- und Nukleartechnologie.

3.6. Solidarität mit den Völkern der 3. Welt, für ihr Recht auf Selbstbestimmung, gegen alle Interventionen.

3.7. Für die Schaffung eines Friedensforschungsinstitutes.

3.8. Keine Kriminalisierung von Dienstverweigerern und oppositionellen Soldaten.

3.9. Abschaffung der Armee.

Dieses 9. Postulat war vom KFA nicht vorbereitet; es wurde am Schluss der Veranstaltung bei bereits gelichteten Reihen von radikalen Kräften auf dem Bundesplatz eingebracht.

5. November 1983

Der Forderungskatalog, vorbereitet vom Komitee für Frieden und Abrüstung (KFA), war sehr umfangreich. Die folgende Darstellung beschränkt sich darauf, die «innenpolitischen Postulate» von Ziff. 5 vollständig wiederzugeben, da diese unsere sicherheitspolitischen Vorstellungen direkt betreffen.

1. Keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. (...)

2. Abbau des Blocksystems statt Drohung mit dem Massenmord – Für sofortige Abrüstung in Ost und West – Für ein atomwaffenfreies Europa. (...)

3. Schwerter zu Pflugscharen: Solidarität mit den Friedensbewegungen auf der ganzen Welt, mit den unabhängigen Bewegungen in Osteuropa und der Freeze-Bewegung in den USA. (...)

4. Solidarität mit der Dritten Welt in ihrem Kampf um Freiheit, eigenständige Entwicklung und gerechte wirtschaftliche Beziehungen – Für Blockfreiheit und aktive Friedenspolitik als Prinzip einer NATO-unabhängigen schweizerischen Aussenpolitik. (...)

5. Für die Entmilitarisierung unserer Gesellschaft – Sozialausgaben statt Rüstungsausgaben:

5.1. gegen den Einbezug der Frau in die Gesamtverteidigung;

5.2. gegen die Verbreitung der Illusion, dass ein Atomkrieg mit Hilfe des Zivilschutzes überlebbar sei;

5.3. gegen die Zerstörung von Natur und Kulturland durch den Aus- und Neubau von Waffenplätzen in Rothenturm und anderswo;

5.4. gegen den Ausbau des Zivilschutzes zu einer immer perfekteren Kontroll- und Überwachungsorganisation;

5.5. gegen den vom Bundesrat und von der Aargauer Kantonsregierung ins Auge gefassten Militäreinsatz zur Durchsetzung des AKW Kaiseraugst;

5.6. gegen die Arbeitsbeschaffung durch Rüstung, denn: Rüstung vernichtet Arbeitsplätze;

5.7. gegen die immens teure Aufrüstung der Schweizer Armee mit Offensivwaffen, z. B. den Kampfpanzer Leopard 2;

5.8. für die Einführung des Zivildienstes;

5.9. für Sozialausgaben statt Rüstungsausgaben, darum soll das Volk über Rüstungsausgaben abstimmen können; (Rüstungsreferendum; Red.)

5.10. für das vollständige Verbot von Waffenausfuhr und Atomexporten;

5.11. für die Förderung der Friedensforschung durch Bundesmittel.

7. Merkmale dieser Postulate

– Manche Postulate vertreten Anliegen, die an sich unterstützt werden könnten, z. B.: Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, Recht auf eigenständige Entwicklung aller Völker, Abbau des Blocksystems, Abrüstung in Ost und West.

– Einige Postulate vertreten zumindest versteckte östliche Positionen, z. B. ein atomwaffenfreies Europa ist nur denkbar, wenn die UdSSR darauf verzichtet, auch östlich des Urals Raketen, die auf Europa gerichtet sind, zu stationieren.

– Einige Postulate vertreten einseitig östliche Politik, z. B. keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Wer das fordert, ohne gleichzeitig die Beseitigung der bereits aufgestellten SS-20-Raketen zu verlangen, vertritt einseitig östliche Positionen. Es kann nicht im gleichen Atemzug Blockfreiheit und eine NATO-unabhängige Aussenpolitik gefordert werden. Wer sich einseitig gegen die NATO-Nachrüstung ausspricht, ohne die östliche Vorrüstung zu verurteilen, ist nicht blockfrei.

– Manche Postulate sind Behauptungen, aufgestellt mit der Absicht, den unkritischen Bürger zu verunsichern, z. B. Sozialausgaben statt Rüstungsausgaben, keinen vom Bundesrat ins Auge gefassten Militäreinsatz in Kaiseraugst, Zerstörung von Natur und Kulturland durch Waffenplätze, Unterstützung der NATO-Politik durch schweizerische Politiker, Zivilschutz als perfekte Kontroll- und Überwachungsorganisation, Entmilitarisierung der Gesellschaft usw.

– Wer als gutgläubiger Mitläufer meint, einzelne Postulate unterstützen zu können, muss sich bewusst sein, dass er sich durch die Teilnahme an einer Demonstration in der Öffentlichkeit hinter alle Demonstrationspostulate des Komitees für Frieden und Abrüstung (KFA) stellt. Er hat unter anderem am 5. Dezember 1981 ungewollt auch für die Abschaffung der Armee demonstriert.

8. Kritische Beurteilung einiger Postulate der Friedensbewegungen im Vergleich zur Sicherheitspolitik in der Schweiz

8.1. Grundsätzliche Probleme und Grenzen der Vergleichsmöglichkeiten

8.1.1. *Die Forderungen der Friedensbewegungen sind punktuell*

Viele Postulate der Friedensbewegungen sind Einzelforderungen, teilweise ohne inneren Zusammenhang. Ein Vergleich mit den sicherheitspolitischen Maximen ist nur beschränkt möglich.

Die systematische Gesamtschau der Sicherheitspolitik

(Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 27. Juni 1973)

Die Sicherheitspolitik ist umfassend; der Bericht soll dem Volk «Einblick geben in die Vielschichtigkeit der staatlichen Selbstbehauptung» (Ziff. 12)

8.1.2. *Die Konzept- und Ziellosigkeit der Friedensbewegungen*

Die zahlreichen Einzelforderungen sind nirgends zu einem klaren Konzept zusammengefasst. Wegen der divergierenden Auffassungen der verschiedenen Strömungen wäre eine gemeinsame Konzeption wohl kaum möglich. Die Zielsetzungen der «Friedensstrategien» sind nirgends verbindlich festgelegt. Sie reichen vom marxistischen Gesellschaftssystem bis zur anarchistischen «Kleingruppendemokratie».

Viele Anhänger der Friedensbewegungen begnügen sich, Einzelforderungen zu stellen, ohne sich Rechenschaft zu geben über eine konzeptionelle Gesamtbetrachtung bzw. Zielsetzung.

Die Ziele der Sicherheitspolitik sind klar bestimmt und nach wie vor erstrebenswert

Die in Art. 2 der Bundesverfassung festgelegten Ziele unseres staatlichen Handelns sind im Bericht des Bundesrates wie folgt umschrieben:

- Erhaltung der Selbstbestimmung des Schweizervolkes,
- Schutz der persönlichen Freiheit und Menschenwürde,
- gerechte Sozialordnung,
- Demokratie, (Ziff. 21)
- Solidarität mit anderen Nationen,
- freie Entfaltung von Gesellschaft und Individuum, (Ziff. 13)
- Wahrung des «Friedens in Unabhängigkeit», (Ziff. 21).

8.2. *Das Fehlen eines eindeutigen Friedensbegriffes*

Obwohl die Friedensbewegungen den Begriff «Frieden» in ihrem Namen führen und sich als Sachwalter des Friedens darstellen, ist der anzustrebende «Friede» unterschiedlich definiert. Es liegt in der Natur der Dinge, dass ein überzeugter christlicher Pazifist und ein Marxist divergierende Vorstellungen haben müssen.

«Frieden» als sicherheitspolitische Zielsetzung

Die Zielsetzungen, wie sie oben aufgeführt sind, können in ihrer Gesamtheit als «Friedensprogramm» unseres Staates bezeichnet werden. Die Erhaltung der Selbstbestimmung besagt, dass wir nicht einen «Frieden um jeden Preis» wollen, sondern, dass es höhere Werte gibt als nur die rein physische Unversehrtheit.

Auch für die offizielle Sicherheitspolitik ist Friede mehr als nur «Abwesenheit von Krieg». Die Konzeption zeigt auf, dass wir einen «mehrdimensionalen Frieden», einen komplexen Frieden, einen umfassenden Frieden anstreben und nicht punktuelle Ziele anvisieren.

8.3. *Die Forderung nach einer «NATO-unabhängigen» aktiven Neutralitätspolitik*

Die Friedensbewegung verlangt Blockfreiheit als Prinzip einer «NATO-unabhängigen Aussenpolitik».

Die Friedensbewegung erachtet es als konsquent, wenn sie gleichzeitig keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles fordert.

Die geostrategische Lage der Schweiz als Rahmenbedingung der Sicherheitspolitik

Europa liegt geostrategisch in der «Pufferzone» zwischen den beiden Supermächten. Die Schweiz liegt mitten drin.

Die Staaten Westeuropas sind unsere haupsächlichen Handels- und Wirtschaftspartner mit einem ähnlich gelagerten politischen System. Keiner dieser Staaten bedroht unsere Existenz oder hat zum Fernziel, uns eine Gesellschaftsordnung aufzuzwingen.

Dass man mit Nachbarstaaten (Ziff.13) engere Beziehungen pflegt, ist natürlich, ohne dass dabei «Neutralität und Blockfreiheit» aufgegeben werden. Im Gegenteil: Wer nur einseitig gegen die westliche Nachrüstung protestiert, ist nicht blockfrei.

8.4. ***Die ausschliessliche Ausrichtung auf die Bedrohung durch einen Atomkrieg***	**Die Sicherheitspolitik will allen Bedrohungsformen optimal gerecht werden**
Im Grundsatz des Schweizerischen Friedensrates «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden» wird die Bedrohungslage – treffend für die ganze Friedensbewegung – wie folgt dargestellt: «Nach allem, was wir wissen, gibt es für Mitteleuropa, und damit auch für die Schweiz – wenn es zum Kriege kommt – den Verteidigungsfall nicht mehr. Es gibt nur noch den Vernichtungsfall.» *Daraus folgt logisch die Forderung: «Gegen die Verbreitung der Illusion, dass ein Atomkrieg mit Hilfe des Zivilschutzes überlebbar sei.»*	Vorab zwei Feststellungen: – Es gibt keinen absoluten Schutz gegen ein weltweites atomares Inferno, hingegen gibt es andere Bedrohungsformen, gegen die wir uns wappnen können und wollen. – Die Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg beweist, dass über 100 kriegerische Konflikte, auch sog. «Stellvertreterkriege» ausgetragen wurden; keiner war atomar. Daraus sind folgende Folgerungen zu ziehen: – Da konventionelle Kriege möglich sind, ist Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft («Dissuasion») nach wie vor sinnvoll (Ziff. 423). – Da auch konventionelle Konflikte oder begrenzte Einsätze von taktischen Atomwaffen das ganze Volk oder Teile des Volkes treffen könnten, kommt der Sicherstellung des Lebens grosse Bedeutung zu (Ziff. 425). Es geht darum, einen optimalen, nicht einen absoluten Schutz zu erreichen. – Angst ist ein schlechter Ratgeber. Objektive Information über die Bedrohung und die eigenen Möglichkeiten sollen Vertrauen schaffen in die staatlichen Führungsorgane (Ziff. 553).
8.5. ***Gegen den Einbezug der Frau in die Gesamtverteidigung***	**Gesamtverteidigung umfasst alle Volksschichten ohne Unterschied bezüglich Geschlecht und Alter**
	Man könnte sich im Gegenteil fragen, ob es verantwortbar sei, gewisse Volksteile *nicht* vorzubereiten auf mögliche Bedrohungsformen (Ziff. 56, 715, 716)
8.6. ***Abschaffung der Armee, gegen den Ausbau der Waffenplätze und gegen die immens teure Aufrüstung der Schweizer Armee mit Offensivwaffen***	**Eine starke Armee ist nicht Selbstzweck, sondern erhöht die Dissuasionswirkung (Ziff. 572)**
	Je schwächer eine Armee, desto grösser wird die Gefahr, dass ein Land in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt werden kann. Unsere Neutralität verpflichtet uns international zu einer glaubhaften Verteidigung unseres Territoriums. Wir bedrohen mit den «Offensivwaffen» niemand, ausser einen Angreifer auf unser Land.

9. Polarisierung in der Friedensbewegung

Obwohl die extremen Kräfte in der Friedensbewegung im Sinne der «Bündnispolitik» in den Anfängen bereit waren, auch gewisse Postulate aufzunehmen, die sich gegen die UdSSR richteten, zeigten sich diese Kräfte in den letzten Monaten zusehends unerbittlicher. So verursachten die DKP-freundlichen Kräfte bei den Grünen der BRD wegen ihrer Einseitigkeit und der Ablehnung der Friedensbewegung in den osteuropäischen Staaten den Austritt des Generals aD Bastian aus der Partei und eine ausdrückliche Distanzierung ihrer Integrationsfigur Petra Kelly vom «Krefelder Appell». In der Schweiz kam es in den ersten Monaten des Jahres 1984 zu erbitterten öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen der moskautreuen «Schweizerischen Friedensbewegung» und dem sich unabhängig bezeichnenden Friedensrat. Noch in der Berner Demonstration vom 5. November 1983 hiess eines der Postulate: «Schwerter zu Pflugscharen: Solidarität mit den Friedensbewegungen auf der ganzen Welt, mit den unabhängigen Bewegungen in Osteuropa und der Freeze-Bewegung in den USA.» Diese Forderung hätte auch für den Ostermarsch im «Dreyecksland» Basel 1984 gelten sollen. Ein zweites Mal waren die organisierenden Genossen der «Schweizerischen Friedensbewegung» nicht mehr zu diesem Zugeständnis bereit. Sie zogen es vor, die Zusammenarbeit mit dem Friedensrat platzen zu lassen.

Die «Schweizerische Friedensbewegung» (SFB)

Als Ableger des moskautreuen Weltfriedensrates entstand zu Beginn der fünfziger Jahre diese Gruppierung in Basel. Sie ist nach wie vor Mitglied des Weltfriedensrates und steht unter direkter Einflussnahme der russischen «Heimorganisation», des Sowjetischen Friedenskomitees, wie folgende Meldung beweist:

«An der 31. Jahresversammlung (Dezember 1981) der ‹Schweizerischen Friedensbewegung›, die in Basel abgehalten wurde, nahmen rund 100 Personen teil. An diesen Anlass, an den der Friedensrat der DDR und das Sekretariat des Weltfriedensrates Freundschaftsbotschaften übermittelten, delegierte das Sowjetische Friedenskomitee Vladimir Lomejko, den Vizepräsidenten dieses Komitees ...»

Führende Köpfe der «Schweizerischen Friedensbewegung» sind Anhänger des Marxismus, unter anderem Hans Stebler, Sekretär der SFB und Zentralkomiteemitglied der PdA; Martin Schwander, Zentralkomiteemitglied der PdA und Mitglied des WFR; Martin Jäggi, PdA; Philipp Zogg, Poch, Gründungsmitglied der Demokratischen Juristen der Schweiz (DJS) usw.

Publikationsorgan der SFB ist «Unsere Welt».

Arbeitsweise der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Das Vorgehen der Delegierten der Schweizerischen Friedensbewegung an der Vollversammlung des Komitees für Frieden und Abrüstung (KFA) zur Vorbereitung der Berner Demonstration vom 5.11.83 «beklagt» ein Teilnehmer in der «Friedenszeitung» Nr. 26/83, S. 23, wie folgt:

«So gegen 17.30 Uhr verlangte ein Vertreter der SFB mit aller Vehemenz, dass jetzt endlich darüber abgestimmt werden soll, wann und wo die Grossdemonstration im Herbst stattzufinden hätte ... Ohne richtige Diskussion und in gehetztem Tempo wurde dann die Demonstration vom 5.11.83 in Bern beschlossen.

...

Noch immer fahren sie an ihrem Kurs unbeirrt weiter, ich meine damit, dass sie Tatsachen schaffen wollen, bevor überhaupt diskutiert wurde. Obwohl über das Motto für den 5.11.83 an der Vollversammlung nicht diskutiert wurde, verschickt die SFB Material mit folgender Aufschrift: ‹Grossdemonstration für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg 5.11.83 in Bern›.»

Hart und unbeirrt blieb die SFB auch im Frühjahr 1984 bei ihrer Forderung, die Solidaritätsbezeugung mit den Friedensbewegungen Osteuropas müssten aus den Parolen für den Ostermarsch 84 verschwinden. Sie riskierten dabei den Teilnahmeverzicht des Schweizerischen Friedensrates, der darauf bestanden hatte, dass auch die Parole «Schwerter zu Pflugscharen» für den Ostermarsch übernommen werden müsste. Das ging den PdA-Leuten der SFB offensichtlich zu weit. («Friedenszeitung» Nr. 30 und 31/84).

10. Verunsicherung bei der sog. unabhängigen Friedensbewegung

Die nicht moskauorientierten Kräfte des Pazifismus im Westen stützten sich bis zum Beginn des Jahres 1984 vornehmlich auf die Alternativ-Konzeption des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung, des Vaters der «Sozialen Verteidigung». In seiner neuesten Publikation «Es gibt Alternativen» entwickelt Galtung ein Konzept der territorialen Verteidigung und bezeichnet die Forderung nach einseitiger Abrüstung angesichts der Bedrohungslage als unrealistisch. Nach seiner Analyse entspricht die Sicherheitspolitik der Schweiz am ehesten seinen Idealvorstellungen als Alternative zum atomaren Gleichgewicht des Schreckens. Er beurteilt aufgrund ihrer Sicherheitspolitik die Schweiz als sicherstes Land Europas.

Der «Schweizerische Friedensrat» (SFR)

Er wurde als Dachorganisation verschiedener Friedensgruppen 1945 gegründet und ist dem Weltfriedensrat nicht beigetreten. Seit 1973 hat der SFR immer wieder Kontakte mit dem WFR und der SFB «im Sinne eines Dialogs» gepflegt. Zur Gruppierung des Friedensrates gehören gegenwärtig:

PAX-CH, «Verein der Freunde des Friedensrates» mit Sitz in Zürich
Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) mit Sekretariaten in Zürich und Bern
Service civil international (SCI) mit Sekretariat in Fribourg
Christlicher Friedensdienst (CFD) mit Sekretariaten in Bern und Zürich
Schweizerischer Versöhnungsbund mit Sekretariat in Frauenfeld
Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz, Zürich
Fédération romande des socialistes religieux, Lausanne
Neue religiös-soziale Vereinigung der Schweiz, Zürich
Christen für den Sozialismus (CfS) mit Sekretariat in Zürich
Arbeitskreis Kritische Kirche (KRIKI) mit Sitz in Bern
Jungsozialisten (Jusos) mit Sekretariat in Bern
Buch 2000 mit Sitz in Affoltern a. A.
Pazifistische Gruppe Nordwestschweiz (PGN) mit Sitz in Basel
Ecole Instrument de Paix (EIP) mit Sitz in Genf
Centre Martin Luther King mit Sitz in Lausanne

Befreundete Organisationen:

Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und Waffenausfuhr (ARW) mit Sitz in Zürich
Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte mit Sitz in Zürich. Der SFR ist Mitglied dieser Arbeitsgemeinschaft.
Frauen für den Frieden mit Kontaktadressen in allen grösseren Schweizer Städten
Ohne Rüstung leben mit Sitz in Liestal
Berner Friedenswoche mit Sekretariat beim Christlichen Friedensdienst (CFD), Bern
Kirchliche Arbeitsgruppe für alternative Sicherheit mit Kontaktadresse in Habstetten
Forum für praxisbezogene Friedensforschung mit Kontaktadresse in Glattbrugg
Geneva International Peace Research Institute (GIPRI)
Zivildienst-Initiative mit einem Sekretariat in Bern und einem Sekretariat in Fribourg, identisch mit dem Sitz des Service civil international (Mitglied des SFR).
Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) mit Sekretariat in Basel

Organ des SFR ist die «Friedenszeitung», die auch den befreundeten Organisationen ihre Spalten zur Verfügung stellt.

(Quelle: «Rückblick für die Zukunft», Band 7 der Schriftenreihe des SFR)